

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Ergänzung zur Tagesordnung Complément à l'ordre du jour Complemento all'ordine del giorno

Wintersession 2024

Session d'hiver 2024

Sessione invernale 2024

Stand / état / stato: 13.12.2024

Fragestunde vom 16.12.2024 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)**Heure des questions du 16.12.2024** (Art. 31 du Règlement du Conseil national)**Ora delle domande 16.12.2024** (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Bundeskanzlei

24.7932	DE FR IT	Fra. Rechsteiner Thomas. 400 Medienbeamte - Sparpotential erkannt?	Laut Staatsrechnung beschäftigt die Bundesverwaltung rund 400 Medienbeamte. Jährliche Kosten für die nicht immer über alle Zweifel erhabene Öffentlichkeitsarbeit. Über 110 Millionen Franken, Tendenz stark steigend. 1. Wie hat sich der Personalbestand der Medienbeamten in den letzten 20 Jahren entwickelt? 2. Wie stellt der Bundesrat bei diesem Heer an Medienbeamten die Koordination sicher? 3. Kann der Bundesrat garantieren, dass für die Medien und Kommunikation keine neuen Stellen mehr geschaffen werden?
---------	--	--	---

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

24.7923	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Warum hat der Bundesrat die Finanzierung des Pilot- und Demonstrationsprogramms des BFE gestoppt?	Das BFE hat alle Gesuche, die kürzlich im Rahmen des Programms «Pilot- und Demonstrationsprojekte» eingereicht wurden, abgelehnt, da der Bundesrat entschieden hat, die Finanzierung dieses Programms im Rahmen der Massnahmen zur Entlastung der Bundesfinanzen zu stoppen. - Weshalb hat der Bundesrat diesen plötzlichen Entscheid getroffen, obwohl das Volk dem Mantelerlass zugestimmt hat und dieses Programm somit gutgeheissen hat? - Hat der Bundesrat die Auswirkungen seines Entscheids auf die Energiewende geprüft?
---------	--	---	---

24.7925	DE FR IT	Fra. Flach. Hält der Bundesrat seine Versprechen zum Schutz unserer Lebensgrundlagen ein?	Der Bundesrat versprach im Abstimmungsbüchlein zum 22.9.2024: „Bis heute sind nicht alle Biodiversitätsziele erreicht. Darum plant der Bund beispielsweise aktuell einen zweiten Aktionsplan zur Biodiversität.“ BR Albert Rösti hat zudem mehrfach gesagt, der Bund gebe jährlich CHF 600 Mio. für die Biodiversität aus und werde dies auch künftig tun (z.B. Arena 30.8.2024). Wie setzen sich die CHF 600 Mio. zusammen und was tut der Bundesrat, um seine Versprechen gegenüber dem Volk einzuhalten?
24.7934	DE FR IT	Fra. Stettler. Regulierung des Kormorans in der Jagdverordnung jetzt verschärfen!	Die Präsenz des grossen Kormorans und des Gänsesägers führt zu einer extremen Prädation der Fischfauna. Folglich kommt es zu einem erheblichen Rückgang des Bestands von Tierarten, die vom Aussterben bedroht sind. Die Äsche und der Strömer gehen aufgrund des massiven Appetits der Kormorane ebenfalls zurück. Für Berufsfischerinnen und -fischer sowie für die Biodiversität ist die Lage ernst. Wird der Bundesrat diese bedauerlichen Erkenntnisse bei der Revision der aktuellen Jagdverordnung berücksichtigen?
24.7935	DE FR IT	Fra. Ryser. Setzt sich der Bundesrat für eine Besteuerung von Kerosin im Flugverkehr ein?	Im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Global Biodiversity Framework (2022) hat sich die Schweiz verpflichtet, Subventionen mit schädlicher Wirkung für Natur und Mensch abzuschaffen oder zu reformieren. Dies gilt auch für Kerosin im Flugverkehr, der besonders schädlich auf unsere Lebensgrundlagen wirkt. Ist der Bundesrat bereit, sich in den in der Ip. 24.3678 genannten Verhandlungen für eine Besteuerung einzusetzen und über seine Erfolge zu berichten? Wenn nein, warum?
24.7936	DE FR IT	Fra. Schnyder Markus. Rückstufung des Wolfes in der Berner Konvention. Wie geht es weiter?	Die Berner Konvention hat am 03.12.2024 die Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs von Anhang II (streng geschützt) in Anhang III (geschützt) beschlossen. Diese Änderung ist richtig und wichtig. - Wie beurteilt der Bundesrat diesen Entscheid in Bezug auf die künftige Regulierung von Wölfen in der Schweiz? - Das Parlament hat in der Legislaturplanung 2023-2027 unter Art. 22 die Massnahme 115 beschlossen, hilft dieser Entscheid dem Bundesrat diese Massnahme zeitnah umzusetzen?
24.7946	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Realitätsfremde und verbürokratisierte EU: Weiterhin Rettungsflüge mit einmotorigen Hubschraubern in den Schweizer Alpen zulassen!	- Wird es auch in Zukunft noch möglich sein, mit nur einmotorigen Hubschraubern Rettungsflüge in den Schweizer Alpen durchzuführen oder droht eine neue EU-Regulierung dies zu verbieten? - Hat der Bundesrat diesbezüglich bei der EU Einspruch eingelegt, und falls sich seitens EU kein Einlenken abzeichnet, ist der Bundesrat bereit, das dynamische Luftverkehrsabkommen mit der EU zu kündigen?

24.7950	DE FR IT	Fra. Porchet. Zigarettenfilter: Faktencheck zu Aussagen des Bundesrates	In seiner Antwort auf die Interpellation 24.3360 erklärt der Bundesrat, dass es schwierig sei, konkrete Umweltschäden nachzuweisen, die durch Zigarettenstummel verursacht werden. Das BAFU publiziert jedoch eine Liste mit den Auswirkungen dieser Art von Littering auf die Umwelt. So können zum Beispiel Kunststoffe aus Zigarettenstummeln lebenden Organismen schaden. Wie kann der Bundesrat also behaupten, dass die konkreten Umweltschäden nicht nachgewiesen sind?
24.7951	DE FR IT	Fra. Töngi. Nachtzüge: Erwartet der Bundesrat, dass Dritte ohne gesetzliche Grundlagen Gesuche einreichen?	Der Bundesrat empfiehlt die Streichung des Budgetpostens für grenzüberschreitenden Zugsverkehr auf Grund fehlender Gesuche. Weder ist das revidierte CO2-Gesetz mit der rechtlichen Grundlage in Kraft noch die Verordnung mit den konkreten Vorgaben verabschiedet und in Kraft gesetzt. Wie soll ohne gesetzliche Grundlage ein Transportunternehmen Gesuche für Förderbeiträge einreichen können?
24.7953	DE FR IT	Fra. Riner. Bürokratieabbau in der Stromversorgung	Der Strom, der an Kunden in der Grundversorgung geliefert wird, muss ab 2026 einen Mindestanteil von 20% aus erneuerbarer Inlandproduktion enthalten. Viele Elektrizitätswerke (EW's) haben vorausschauend gehandelt und bereits über das Jahr 2026 Strom eingekauft und können daher die Vorgabe nicht erfüllen. Dies führt zu grosser Bürokratie, mit Rückverkäufen. - Kann sich der Bundesrat eine längere Übergangsfrist für EW's vorstellen? - Mit welchen weiteren Massnahmen können die EW's entlastet werden?
24.7954	DE FR IT	Fra. Giezendanner. Kosten der Kapazitätserweiterung "Schiene"	Nach dem Volks-Nein zur Autobahnvorlage vom 24. November 2024 (STEP) ist vielerorts von einer «Verkehrswende» die Rede. Realitätsfremde Vorschläge, wie eine deutlich stärkere Verlagerung von Pendlerströmen und Freizeitverkehr auf die Schiene, machen die Runde. Was würde eine Verdoppelung der Kapazität des Schienenverkehrs tatsächlich kosten?
24.7957	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wie weiter mit künftigen STEP-Vorlagen?	Nach der Ablehnung der STEP-Vorlage vom 24. November 2024 ist eine Engpassbeseitigung, die mehrheitsfähig ist, umso dringender. Was bedeutet die Ablehnung für künftige STEP-Vorlagen?
24.7977	DE FR IT	Fra. Strupler. Wie weiter mit der Engpassbeseitigung in St. Gallen und Schaffhausen	Das Stimmvolk hat sich am 24. November 2024 mit einem knappen Nein zur STEP-Vorlage geäussert. Was bedeutet dies für die betroffenen Kantone, die sich klar zur Engpassbeseitigung in ihrer Region ausgesprochen haben, wie etwa Schaffhausen oder St. Gallen? Werden diese nun übergangen?

24.8012	DE FR IT	Fra. Sollberger. Baselland: A22 und N18 angehen	Nach dem Nein zum Step bin ich besorgt über weitere Ausbauschritte im BL, welche nötig sind, und nicht abgelehnt wurden. Die Überlastung, Anfälligkeit und Alterung der Infrastrukturen sind augenfällig. Baselland hat dies mit einem Ja zum STEP auch deponiert. Es sind dringend Massnahmen nötig und gefordert. Diese Projekte sind für die ganze Region Baselland/Nordwestschweiz von grosser Bedeutung. Wie gedenkt der Bundesrat die Projekte N18 und A22 weiter voranzutreiben?
24.8025	DE FR IT	Fra. Heimgartner. ASTRA-Planung nach STEP-Ablehnung 2024	Wie sieht die Planung des ASTRA, nach der Ablehnung der STEP-Vorlage vom 24. November 2024, betreffend Ausbauprojekten aus?
24.7960	DE FR IT	Fra. Guggisberg. Verzicht auf Automobilsteuer?	Nach dem Ausgang der Abstimmung vom 24. November 2024 ist der Mittelbedarf des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) kleiner als prognostiziert. Kann nun auf die Automobilsteuer zu Gunsten der Förderung der E-Antriebe verzichtet werden?
24.7971	DE FR IT	Fra. Gugger. Sicherung und Wiederherstellung der Ökosysteme, anstatt immense Kosten für kommende Generationen zu generieren?	Leider antwortet der Bundesrat auf meine IP 24.3323 nicht ausführlich: - Ist er auch der Meinung, dass es für Wirtschaft und Gesellschaft zielführender ist, die für sie wichtigen Ökosystemleistungen (unsere Lebensgrundlagen) jetzt zu sichern und wiederherzustellen, anstatt mit der Zerstörung und Degradierung der Umwelt weiterzufahren und kommenden Generationen eine kaum bewältigbare Aufgabe mit immensen Kosten zu überbürden? - Wenn ja, was will er tun? - Wenn nein, warum nicht?
24.7978	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Velovignette oder andere Massnahmen zum Verkehrsunterhalt wieder einführen	Durch die Velovignette hatten früher auch die Fahrradfahrer zum Unterhalt der Strassen beigetragen. Heute gibt es immer mehr E-Bike-Fahrer, für welche es aber bis zum Tempo von 25 km/h keine Vignette braucht. Im Sinne des Verursacherprinzips macht es Sinn, dass auch Velofahrer einen bescheidenen Beitrag beisteuern müssen. Es gab auch eine entsprechende Motion der SVP dazu. 1. Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass eine Einführung wieder sinnvoll wäre? 2. Sind andere Massnahmen geplant?
24.7979	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Prüfrückstände bei der MFK	Bei über 500'000 Fahrzeugen ist die Frist zur technischen Überprüfung (MFK) abgelaufen. Die Rückstände reichen von einigen Monaten bis zu über einem Jahr. Zwischen den Kantonen bestehen grosse Unterschiede bei den Prüfrückständen sowie bei der Bereitschaft und den Ressourcen, um diese abzubauen. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um bei der MFK die Zusammenarbeit zwischen Prüfstellen und Werkstätten zu stärken und die vielen Prüfrückstände koordiniert abzubauen?

24.7995	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Wer bezahlt in der Schweiz für die Reinigung des Abwassers von Mikroschadstoffen?	Gemäss <u>Art. 60b</u> des Gewässerschutzgesetzes überbinden die Inhaber der ARA die Abwasserabgabe zur Finanzierung der Elimination von organischen Spurenstoffen aus dem Abwasser auf die Verursacher. - Wird diese Anwendung des Verursacherprinzips vom Bund beaufsichtigt? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht, angesichts seiner Aufsichtspflicht (Art. 46 GSchG)? - Welche Angaben kann der Bund zu den Verursachern dieser Kosten machen?
24.7996	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Mobility Pricing - wo stehen wir?	Der Bund hat vor drei Jahren mit interessierten Kantonen und Gemeinden Machbarkeitsstudien lanciert, um Vor- und Nachteile von Mobility Pricing sowie dessen praktische Umsetzung und Finanzierung zu prüfen. Das Vorliegen der Ergebnisse war damals für das Jahr 2023 erwartet worden. - Wo stehen diese Studien heute? - Welches Zwischenfazit zieht der Bund?
24.8001	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Mobility Pricing - was sind die nächsten Schritte?	Der Bund hat im 2021 mit interessierten Kantonen und Gemeinden Machbarkeitsstudien lanciert, um Vor- und Nachteile von Mobility Pricing sowie dessen praktische Umsetzung und Finanzierung zu prüfen. - Sind nach den ersten Ergebnissen weitere Schritte geplant, wie z.B. Detailstudien und die Erarbeitung einer gesetzlichen Grundlage? - Gibt es weitere interessierte Kantone, Verkehrsbetreiber und Technologieanbieter, mit denen der Bund diesbezüglich in Kontakt steht?
24.7997	DE FR IT	Fra. Jauslin. Reichen die heutigen Beiträge von Bund und Kantonen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen aus?	Auf meine Frage <u>24.7290</u> schreibt der Bundesrat: «Der Wert der Ökosystemleistungen der Biodiversität ist als hoch einzustufen. Das ist letztlich der Grund, weshalb der Bund jährlich rund 600 Millionen Franken in die Erhaltung der Artenvielfalt investiert.» - Wie setzt sich der Betrag zusammen? - Genügt er, damit in diesem Bereich künftig keine Kosten des Nichthandelns anfallen? Wenn ja, welche wissenschaftliche Grundlage gibt es dafür? Wenn nein, mit welchen Massnahmen will der Bundesrat das korrigieren?
24.7998	DE FR IT	Fra. Jauslin. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Versprechen eingehalten werden?	In der gemeinsame Erklärung des Runden Tisches Wasserkraft vom 13.12.2021 wurde folgende Aussage gemacht: "Die resultierenden 15 Projekte sind in Anhang 1 aufgeführt. Mit dieser Liste werden weder die projektspezifischen ordentlichen Bewilligungsverfahren präjudiziert noch werden die projektspezifischen Verbandsbeschwerderechte tangiert." Dieses Versprechen wurde auch im Abstimmungsbüchlein zum Mantelerlass aufgeführt. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass dieses Versprechen eingehalten wird?

24.8002	DE FR IT	Fra. Gysin Greta. Swisscom reduziert Lehrstellen	Gemäss Antwort auf die IP 24.3945 ist der Bundesrat der Meinung, die Swisscom nehme ihre Verantwortung als grösste Auszubildnerin von ICT-Fachkräften in der Schweiz nach wie vor wahr. Ist der BR tatsächlich der Auffassung, dass die Swisscom mit einer Reduktion von 10% der Lehrstellen ihre Verantwortung wahrnimmt, genügend Fachkräfte auszubilden, um dem prognostizierten Mangel an qualifizierten Arbeitskräften im Bereich ICT entgegenzuwirken und die bildungspolitischen Initiativen zu unterstützen?
24.8004	DE FR IT	Fra. Gysin Greta. Swisscom - 10% weniger Lehrstellen, Ziel erreicht?	Gemäss Bundesrat (Antwort auf IP 24.3945) erreicht die Swisscom das Ziel, eine zeitgemässe berufliche Ausbildung anzubieten und ihre Verantwortung als grösste ICT-Auszubildnerin der Schweiz wahrzunehmen. - Sieht der Bundesrat das Ziel tatsächlich erreicht, obwohl die Anzahl Lehrstellen der Swisscom in den letzten sechs Jahren um 10 Prozent gesunken ist? - Ist das Ziel des Bundesrats demnach, dass die Swisscom Lehrstellen reduziert?
24.8008	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Vernehmlassung zur Raumplanungsverordnung - verpasste Chance!	Im Allgemeinen ist die Vorlage in dieser Form nicht brauchbar. Sie berücksichtigt einseitig die Landschaftsinitiative, missachtet den Parlamentswillen und die Bedürfnisse der hauptbetroffenen Landwirtschaft. Für die Kantone ist das vorgeschlagene Regime ohne präzise Datengrundlage kaum zu stemmen und die kantonalen Unterschiede bleiben in der Vorlage unbeachtet. In wieweit ist der Bundesrat bereit dem Protokoll der ständerätlichen Eintretensdebatte vom Juni 2022 zu folgen?
24.8010	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Unterstützung von grünen "Nachhaltigkeitsnetzwerken" mit Steuergeldern und Chefbeamten	Das "Nachhaltigkeitsnetzwerk des Kantons Solothurn" ist ein privatrechtlicher Verein. Gemäss Homepage (https://nnw-so.ch/) will dieser Verein die Agenda 2030 umsetzen. Einsitz haben u.a. der Direktor der Handelskammer und der Chef des Amtes für Umwelt. - Wie viele derartige Netzwerke gibt es in der Schweiz? - Mit welchen öffentlichen personellen und finanziellen Mitteln werden solche "Nachhaltigkeitsnetzwerke" unterstützt, dies gestützt auf welche rechtlichen Grundlagen und in welchem Umfang?
24.8017	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Mikroschadstoffe im Abwasser: Was ist der Stand der Umsetzung der zusätzlichen Massnahmen?	Der Bundesrat antwortet auf die Frage 24.7610, dass die Arbeiten zur Umsetzung der Motion 20.4262 (WAK-NR), welche auf die Erhöhung der Reinigungsleistung der ARA bezüglich Mikroschadstoffe abzielt, laufen. - Was ist der Stand der Umsetzung der Motion? Was ist der Fahrplan? - Wird auch dieser Ausbau verursachergerecht finanziert werden?

24.8020	DE FR IT	Fra. Roduit. Wohin verschwinden die Gelder aus den Gebühren für das Entsorgen von Altglas?	Mehrere Unternehmen beschwerten sich über die mangelnde Transparenz und die Diskrepanz zwischen der vorgezogenen Entsorgungsgebühr (VEG), die VetroSwiss im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft erhebt, und der Entschädigung für das gesammelte Altglas. Diese ist in manchen Situationen 6 bis 7 Mal niedriger! Ausserdem wird die Mehrwertsteuer, die pro Stück erhoben wird, zweimal in Rechnung gestellt. Hält der Bundesrat diese Situation für normal?
24.8027	DE FR IT	Fra. Rügsegger. SBB Planvorlage betreffend AS25 Entflechtung Gümligen Süd - warum Kulturland für die Baustellenzufahrt verschwenden?	Die SBB Planvorlage betreffend AS25 Entflechtung Gümligen Süd gemäss öffentlicher Auflage vom 1. bis 30. Mai 2023 sieht eine Erschliessung der Baustelle über Kulturland vor. Es würde eine einfache Lösung geben ab Autobahnzubringer. Diese bietet Vorteile für Landwirtschaft, Biodiversität und Artenvielfalt, sowie den Schulweg, den Naherholungsraum und die Umwelt, weil die Baustoffe auf dem kürzestem Weg auf der Baustelle sind. Warum leistet sich die SBB diese Vorgehensweise in der heutigen Zeit?
24.8035	DE FR IT	Fra. Riem. Forschung zu Nitrat und Phosphor in den Gewässer zeigen keine klaren Rückschlüsse 2	Sowohl beim Nitratprojekt Gäu (Kt. SO & BE) wie auch bei der Forschung zu den Einwirkungen auf die Eutrophierung und weitere Umwelteinflüsse im Seetal (Kt. LU & AG / Halwiler- & Baldeggersee) konnte keine eindeutige Verantwortlichkeit der Landwirtschaft erkannt werden. Die Messungen zeigen trotz klarer Ziel-Umsetzung (100% Restriktion) der Landwirtschaft kaum Reaktionen auf. Wie denkt der Bundesrat und die Ämter weitere Ursachenforschung zu anderen potenziellen Verursacher umzusetzen?
24.8039	DE FR IT	Fra. Riem. Forschung zu Nitrat und Phosphor in den Gewässer zeigen keine klaren Rückschlüsse	Sowohl beim Nitratprojekt Gäu (Kt. SO & BE) wie auch bei der Forschung zu den Einwirkungen auf die Eutrophierung und weitere Umwelteinflüsse im Seetal (Kt. LU & AG / Halwiler- & Baldeggersee) konnte keine eindeutige Verantwortlichkeit der Landwirtschaft erkannt werden. Die Messungen zeigen trotz klarer Ziel-Umsetzung (100% Restriktion) der Landwirtschaft kaum Reaktionen auf. Wie denkt der Bundesrat und die Ämter daraus Schlüsse für aktuelle politischen Massnahmen/Regulationen zu ziehen?
24.8044	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Wie begründet der Bundesrat seine Überzeugung bezüglich der positiven Wirkung des Aktionsplans Biodiversität II?	Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 24.7808 zu den Kürzungen beim Schutz unserer Lebensgrundlagen, er sei "überzeugt, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umfangreiche positive Wirkungen erzielt werden". Es darf vorausgesetzt werden, dass er hier, wie in allen anderen Politikbereichen, terminierte und messbare Ziele verfolgt und nicht mit "Überzeugungen" arbeitet! - Wo sind diese Ziele festgehalten und wann wird ein Zwischenbericht erstellt? - Sollte dies nicht der Fall sein, warum?

24.8046	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Sind negative Auswirkungen von direkten und indirekten Subventionen auf das Klima auch ein Teil der periodischen Überprüfungen derselben?	Der Bundesrat antwortet auf meine Frage 24.7863, dass im Rahmen der Revision des CO2-Gesetzes geprüft wird, ob klimaschädliche Subventionen abgebaut werden können. Ist vorgesehen, dass deren klimaschädigenden Wirkungen auch im Rahmen der periodischen Überprüfung von Subventionen (Art. 5 SuG) untersucht werden, wie dies bei den biodiversitätsschädigenden Wirkungen der Fall ist? Wenn nein, warum nicht?
---------	--	--	---

Departement des Innern

24.7922	DE FR IT	Fra. Gutjahr. Einsparpotenzial bei der Krankenkassenprämie - alternative Versicherungsmodelle	Gemäss aktuellen Krankenkassen-Daten steigen die Gesundheitskosten in diesem Jahr weiter stark an. Die Prämien für 2025 erhöhen sich um durchschnittlich 6%. Innert 3 Jahren sind die Prämien damit um gut 20% gestiegen. Eine Möglichkeit, die Kosten zu dämpfen, sind bekanntlich die alternativen Versicherungsmodelle. Deren Anteil beträgt gut 75%. Wie beurteilt der Bundesrat das Effizienz- bzw. Einsparpotenzial, wenn möglichst alle Versicherten ein solches Modell hätten und mit welcher Summe?
24.7948	DE FR IT	Fra. Porchet. Welche Unterstützung für Qualitätszirkel?	Ein Bericht des Instituts für Gesundheitsökonomie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zeigt auf, dass sich mit Qualitätszirkeln für Ärztinnen, Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker die indirekten Kosten pro Patientin und Patient substanziell senken lassen. Im Zusammenhang mit diesem Bericht stelle ich folgende zwei Fragen: 1. Wie gedenkt der Bundesrat die Umsetzung der im Bericht enthaltenen Empfehlungen zu unterstützen? 2. Gedenkt er insbesondere die Daten der SASIS AG zur Verfügung zu stellen und zentralisiert aufzubereiten?
24.7949	DE FR IT	Fra. Porchet. Weniger Süsstoffe für weniger nicht übertragbare Krankheiten?	Die WHO hat 2023 neue Leitlinien zu zuckerfreien Süsstoffen veröffentlicht. Die Verwendung von zuckerfreien Süsstoffen hilft langfristig nicht dabei, Körperfett bei Erwachsenen oder Kindern zu reduzieren; sie kann zu unerwünschten Nebenwirkungen führen, wie einem erhöhten Risiko für Typ-2-Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und einer erhöhten Sterblichkeit bei Erwachsenen. Wie gedenkt der Bundesrat diese neuen Erkenntnisse in seine Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten einzubeziehen?

24.7952	DE FR IT	Fra. Feller. AHV-Finanzperspektiven: Was heisst «schon länger» im Bundesamt für Sozialversicherungen?	Am 6. Dezember 2024 wurde der Untersuchungsbericht zu den Abweichungen bei den AHV-Finanzperspektiven vorgelegt. Gemäss diesem Bericht liegt kein Rechenfehler vor, sondern bei der Implementierung zweier Funktionen im Berechnungsprogramm habe der Prozess nicht die erforderliche methodische Tiefe aufgewiesen und die Dokumentation sei mangelhaft gewesen. Dieser Umstand sei dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) «schon länger» bekannt gewesen. - Wer ist für diese Mängel verantwortlich? - Seit wann (genau) waren sie dem BSV bekannt? - Was hat das BSV unternommen, um sie zu beseitigen?
24.7959	DE FR IT	Fra. Lohr. Strafanzeigen gegen EKQMB: Übernimmt der Bund seine Verantwortung?	Gemäss Beobachter vom 15. Februar 2024 hat die für ihre umstrittenen Methoden bekannte Firma PMEDA Strafanzeige gegen mehrere Verantwortliche der EKQMB eingereicht, die lediglich ihren gesetzlichen Auftrag der Qualitätssicherung wahrgenommen haben. Wird der Bundesrat sicherstellen, dass die Kosten aus diesem Strafverfahren, welche bei den Verantwortlichen der EKQMB anfallen, vom Bund übernommen werden?
24.7962	DE FR IT	Fra. Wyss. Sofortmassnahmen zur Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin	Mit der Annahme der Motion "Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen" 19.4120 wurde dem Bundesrat im 2020 der Auftrag erteilt, einen Erlassentwurf für die Abbildung der Besonderheiten der Kinder und Jugendmedizin in den Tarifen zu verabschieden. - Wann liegt der Erlassentwurf vor? - Ist der Bundesrat bereit, als dringliche Massnahme die bestehenden Limitationen zu verdoppeln und den im Tarmed derzeit für Kinder bis 6 Jahre vorgesehen Zuschlag auf Kinder bis 12 Jahre auszudehnen?
24.7963	DE FR IT	Fra. Wyssmann. IGV: Gutachten Häner vom 13. Mai 2024	- Hat der Bundesrat Kenntnis genommen vom Gutachten Häner vom 13. Mai 2024, wonach u.a. die IGV dem Parlament unterbreitet werden müssen? - Wie gedenkt der Bundesrat auf das Gutachten zu reagieren und dieses in die parlamentarische Debatte einzubringen?
24.7966	DE FR IT	Fra. Wyssmann. IGV: Warum verharmlost der Bundesrat die Anpassungen?	Die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) werden rund 30-40% der Menschen in der Schweiz stark benachteiligen. Viele tausend Menschen haben aufgrund der 2- und 3G- Regelung ihre Stellen oder soziale Engagements verloren. Die Spaltung der Gesellschaft dauert bis heute an. Weshalb spricht der Bundesrat in seinen Stellungnahmen von «Anpassungen geringfügiger und technischer Natur» resp. von «Anpassungen beschränkter Tragweite»?

24.7967	DE FR IT	Fra. Prelicz-Huber. Nicht durchgeführte Untersuchungen: Fordert der Bundesrat von Versicherten das Unmögliche?	Zu PMEDA-Gutachten 2012–2021 wurde seitens Versicherter bemängelt, der "Unterberger Tretversuch" oder neuropsychologische Tests seien nicht erfolgt oder Befunde hätten sich auf nicht untersuchte Körperteile bezogen. Es ist unrealistisch, dass solche Untersuchungen durchgeführt wurden, ohne dass die Versicherten dies bemerkt hätten. - Welche Beweismöglichkeiten hatten Versicherte vor der Tonbandaufnahme, also bis Ende 2021? - Kann der Bundesrat zu 24.4052 (zumindest theoretische) Beispiele nennen?
24.7968	DE FR IT	Fra. Prelicz-Huber. Tonbandaufzeichnung bei IV-Gutachten: Kommt der Bundesrat auf seinen Entscheid zurück?	Der Bundesrat antwortet auf die Frage 24.4052, dass Betroffene die Nichtexistenz eines Tests seit 2022 durch die Tonbandaufnahme beweisen können. In 24.7374 hat er jedoch darüber informiert, dass die Befunderhebung gar keine Tonbandaufnahme erfordert. Ist der Bundesrat im Sinne seiner Antwort auf 24.4052, des Wortlauts der Verordnung und der Rechtssicherheit bereit, inskünftig auch die Befunderhebung einer Tonbandaufzeichnung zu unterstellen?
24.7994	DE FR IT	Fra. Kälin. Wann übernimmt der Bund die europäischen Arbeiten zu den umweltschädlichen Subventionen und Transfers?	Der Bundesrat antwortet auf die <u>Frage 24.7228</u> bzgl. der Umweltgesamtrechnung des BFS, dass auf europäischer Ebene Arbeiten «zur statistischen Erfassung umweltschädlicher Subventionen und Transfers» laufen. Das BFS werde nach deren Abschluss eine Übernahme prüfen. - Wann werden die Arbeiten in der EU voraussichtlich abgeschlossen sein? - Bis wann wird der Bundesrat die Übernahme geprüft haben? - Wieso wartet der Bundesrat zu, bei stetig zunehmenden Kosten des Nichthandelns?
24.8014	DE FR IT	Fra. Porchet. Rentenbetrug an den Frauen: Wie geht es weiter?	In seiner Antwort auf die Interpellation der Grünen Fraktion 24.3893 «Rentenbetrug an den Frauen. Die Fakten müssen auf den Tisch!» schrieb der Bundesrat, dass es am Bundesgericht sei, über die Beschwerden gegen die Abstimmung über die Reform AHV 21 zu entscheiden. Das Bundesgericht wird seinen Entscheid am Donnerstag, 12. Dezember bekanntgeben. Der Bundesrat wird daher gebeten, seine Antwort zu aktualisieren und mit einer Stellungnahme zum Bundesgerichtsentscheid zu ergänzen.
24.8015	DE FR IT	Fra. Mahaim. Welche ersten Lehren lassen sich aus dem Bundesgerichtsentscheid zur Abstimmung über die AHV 21 ziehen?	Am 12. Dezember 2024 wird sich das Bundesgericht zur Gültigkeit der Abstimmung über die AHV 21 äussern, dies vor dem Hintergrund der verfassungsmässig garantierten politischen Rechte. Welche Lehren zieht der Bundesrat – unabhängig vom Entscheid des Bundesgerichts – aus diesem Verfahren, insbesondere in Bezug auf seine Verpflichtungen in Abstimmungskampagnen?

24.8024	DE FR IT	Fra. Roduit. Irritierende Vergabekriterien für die vier Lose von Digisanté.	Digisanté hat vier grosse Lose mit einer Laufzeit von zehn Jahren ausgeschrieben. 1. Im ersten Los werden ein Masterabschluss und Englischkenntnisse (Zertifikat B1) als Vergabekriterien für die Mitarbeitenden vorausgesetzt. Warum ist ein Diplom wichtiger als Erfahrung? 2. Warum ist die Beherrschung von Landessprachen nicht ausreichend? 3. Die Ansprechperson muss auf Deutsch mindestens das Sprachniveau C1 haben. Warum dieser Unterschied zu den anderen Landessprachen?
24.8050	DE FR IT	Fra. Alijaj. War PMEDA an einer Scheinadresse domiziliert?	Die Ermittlungen der deutschen Steuerfahndung gründen sich u.a. auf den Verdacht, dass es sich bei der Anschrift Freystrasse 14, Zürich (wo sich an einem Briefkasten die Namen vieler PMEDA-Ärzte befanden) um eine Scheinadresse handelte, welche lediglich für Zwecke von Steuervergehen existierte, an welcher aber keine medizinischen Tätigkeiten/Begutachtungen stattfanden. Welche konkreten Schritte hat die Bundesverwaltung bislang unternommen, um diesem Verdacht nachzugehen?
24.8051	DE FR IT	Fra. Alijaj. Wie prüften IV-Stellen/RAD/Gerichte die Durchführung von Untersuchungen?	In Antwort 24.4030 erklärt der BR, rechtskräftige Verfügungen basierten auf geprüften PMEDA-Gutachten. In 24.4052 präzisiert er, dass Gutachten schon immer auf tatsächlich durchgeführten Untersuchungen beruhen müssen. Wie wurde in dem 2018 vom Kassensturz berichteten Fall geprüft, ob die dokumentierten Untersuchungen tatsächlich durchgeführt wurden und wie lange die Begutachtung tatsächlich dauerte?

Finanzdepartement

24.7924	DE FR IT	Fra. Schneeberger. Korrekte Verzollung bei ausländischen Online-Handelsplattformen sicherstellen	Gemäss einem Test einer Warenbestellung im Gesamtwert von über 70 CHF bei Temu wurden die Produkte offenbar einzeln in die Schweiz geliefert – erkennbar an unterschiedlichen Angaben zu Absender und EU-Kontrollstelle auf den Kleinstpaketen. Diese wurden anschliessend in einem grösseren Paket zusammengeführt und versandt, ohne dass MWST oder Verzollungsgebühren erhoben wurden. - Wie stellt der Bund die korrekte Verzollung sicher? - Wird die Endverpackung in der Schweizer vorgenommen?
24.7937	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Rechtmässigkeit und Umfang des Beizugs von privaten Beratern, wenn diese den Bund bei der Erledigung konkreter Verwaltungsverfahren unterstützen	Nach Beschaffungscontrolling des Bundes wurden im 2023 exorbitante 184 Mio. für externe Beratungen ausgegeben. 1. Wie viel Geld wurde bis Ende November 2024 für externe Beratungen ausgegeben? 2. Wie viel Geld wurde 2023 und bis November 2024 im Zusammenhang mit der Erledigung konkreter Verwaltungsverfahren (einschliesslich nachgelagerter Rechtsmittelverfahren) für private Beratungsdienstleistungen ausgegeben? 3. Welche Stundensätze kommen dabei zur Anwendung?

24.7965	DE FR IT	Fra. Wyss. PMEDA: Wie antwortet die Schweiz auf deutsches Auskunftersuchen?	- Trifft es zu, dass die Steuerfahndung Ulm via Bundeszentralamt für Steuern in Köln ein Auskunftersuchen in Sachen PMEDA bei der eidgenössischen Steuerverwaltung eingereicht hat? - Falls ja, worum geht es inhaltlich, wann ist das Gesuch eingetroffen und wie wurde es beantwortet bzw. falls noch nicht, wann ist mit einer Antwort zu rechnen und wie stellt sich der Bundesrat dazu?
24.7980	DE FR IT	Fra. Hübscher. Zolleinnahmen aus Butterimporten	In den vergangenen Jahren wurden Importkontingente für Butter freigegeben. Wie hoch waren die effektiven Importe und die daraus erzielten Zolleinnahmen gegliedert nach Jahren in den Jahren 2020 - 2023?
24.7991	DE FR IT	Fra. Glarner. Wildwest-Methoden bei der FINMA?	Ein übereifriger Funktionär der FINMA lancierte ein Verfahren gegen ein Unternehmen, welchem unlängst attestiert wurde, dass alles in bester Ordnung sei. Den Inhabern wurden sämtliche Privatkonten gesperrt. Sie waren nicht einmal mehr in der Lage, die Krankenkassenprämien für die Kinder zu bezahlen. Nachdem die Betroffenen an die Öffentlichkeit gingen, musste die FINMA zurückrudern. Kann es der Bundesrat verantworten, dass die FINMA die CS vom Haken liess und dafür Kleinbetriebe schikaniert?
24.7992	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Millionen für deutsche Gutachter, Haftung für den Schweizer Steuerzahler?	Der Bundesrat erklärt zu IP 24.4135, für die Haftung nach VG komme es auf die Ausübung einer amtlichen Tätigkeit an. Das BGer hat letzteres für Gutachter der PMEDA in 1C_506/2019 E. 4.2 eindeutig bejaht. - Geht der Bundesrat somit davon aus, für entsprechende Schäden haften zu müssen? - Welche Verwirkungs- und Verjährungsfristen sind anwendbar? - Was hat der Bundesrat unternommen, um allfällige Ansprüche gegenüber den PMEDA-Verantwortlichen noch geltend machen zu können (z.B. Einholung eines Verjährungsverzichts)?
24.8006	DE FR IT	Fra. Addor. Werden lizenzierte Waffenhändlerinnen und -händler vom Bank- und Versicherungswesen ausgeschlossen?	Immer häufiger kommt es vor, dass lizenzierten Waffenhändlerinnen und -händlern, das heisst Fachkräften, die Eröffnung eines Bankkontos verweigert wird oder dass bestehende Bankbeziehungen aufgelöst werden, dass sie keine Versicherungen abschliessen dürfen oder dass ihnen die Möglichkeit von Kartenzahlungen für ihre Online-Shops verweigert wird. - Ist es rechtmässig, dass eine ganze Branche, deren Aktivitäten völlig legal sind und streng überwacht werden und die zudem mit starken Traditionen in unserem Land verbunden ist, diskriminiert wird? - Was kann man dagegen tun?

24.8026	DE FR IT	Fra. Molina. Risikomanagement in der Finanzmarktkooperation mit China	- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die bilaterale Finanzmarktkooperation mit China mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz vereinbar ist, insbesondere im Hinblick auf Menschenrechte? - Welche Massnahmen werden ergriffen, um zu verhindern, dass Schweizer Finanzinstitute wie die UBS in Geschäfte mit sanktionierten chinesischen Militärunternehmen verwickelt sind? - Wie wird gewährleistet, dass solche Kooperationen nicht zu Reputationsrisiken oder politischen Abhängigkeiten führen?
---------	--	---	--

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

24.7926	DE FR IT	Fra. Docourt. Wiederaufnahme der Mediation betreffend missbräuchliche Kündigungen	Der Bundesrat hat am 11. Oktober angekündigt, die Mediation mit den Sozialpartnern betreffend missbräuchliche Kündigungen (Klage gegen die Schweiz bei der Internationalen Arbeitsorganisation) wiederaufzunehmen, nachdem sie Ende Dezember 2023 sistiert worden war. - Wie gedenkt der Bundesrat, die Mediation fortzuführen? - Wurde die Mediation tatsächlich wiederaufgenommen? - Was hat der Bundesrat im Zusammenhang mit der Mediation bereits getan?
24.7928	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Agrarbericht: Was sind die zusätzlichen Massnahmen für das 15% Reduktionsziel der Stickstoffemissionen bis 2030?	Der im Rahmen der Parlamentarischen Initiative Pa. Iv. 19.475 beschlossene Absenkpfad Nährstoffe sieht vor, diese Verluste in die Umwelt bis 2030 um 15 Prozent gegenüber 2014-2016 zu reduzieren. Welche zusätzlichen Massnahmen sind geplant, um die Stickstoffemissionen aus der Landwirtschaft weiter zu reduzieren, um das Ziel zu erreichen?
24.7930	DE FR IT	Fra. Weber. Gift auf importierten Schnittblumen	90 % der in der Schweiz verkauften Schnittblumen werden aus dem Ausland importiert. Viele Blumen enthalten Rückstände von Pestiziden, Fungiziden, Herbiziden und Insektiziden, die in der Schweiz verboten sind, da sie als gefährlich eingestuft werden. Wie kann es sein, dass solche Blumen in die Schweiz gelangen, wo sie die Floristinnen und Floristen sowie die Gewässer vergiften und dabei einen unlauteren Wettbewerb für die schweizerischen Produzentinnen und Produzenten von Schnittblumen schaffen?
24.7958	DE FR IT	Fra. Knutti. Schweizer Landwirtschaft - Der Bundesrat muss Verantwortung übernehmen	Am 03. Dezember 2024 fand beim Bundesamt für Landwirtschaft eine Ermahnung zur Umsetzung des Volkswillens statt. Rund 1000 Bäuerinnen und Bauern haben an diesem Anlass teilgenommen und erwarten jetzt vom Bundesrat Lösungen. 1. Setzt der Bundesrat die Forderungen für weniger Bürokratie und mehr Stabilität bei der Planung der AP 2030 um? 2. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass die geplanten Lenkungsabgaben von der Landwirtschaft nicht toleriert werden?

24.7961	DE FR IT	Fra. Schneider-Schneiter. ETH-Rat trifft Richtungsentscheid für eine zukunftsfähige Organisation und Struktur im ETH-Bereich	In der Medienmitteilung vom 6. Dezember 2024 in oben angeführter Sache schreibt der ETH-Rat, die Rückmeldungen aus den 6 Institutionen des ETH-Bereichs bildeten die Grundlage für den nun vorliegenden Richtungsentscheid zur künftigen Struktur des ETH-Bereichs. - Heisst das im Klartext, dass weitgehend Einigkeit und Konsens über diesen Entscheid herrscht? - Wird der Entscheid folglich von allen 6 Institutionen vollumfänglich mitgetragen und ist die Fusion und Aufgabe der heutigen Autonomie unbestritten?
24.7964	DE FR IT	Fra. Molina. Vermögenswerte des ehemaligen syrischen Diktators, Baschar al-Assad, in der Schweiz	Der ehemalige syrische Diktator Assad hat während seiner Amtszeit unrechtmässig ein enormes Vermögen angehäuft. 1. Wie hoch ist der Betrag der Vermögenswerte Assads und seines Umfelds in der Schweiz? Wie hoch ist der Betrag der bis jetzt gesperrten Gelder? 2. Werden nach dem Sturz zusätzliche Vermögenswerte gestützt auf das SRVG gesperrt? 3. Nach welchen Modalitäten und bis wann werden die Gelder restituiert?
24.8022	DE FR IT	Fra. Dandrès. Sperrung der Gelder des Assad-Clans	Während 50 Jahren Diktatur hat der Assad-Clan Syrien ausgeplündert. Zu Beginn der Revolution (2011) wurde das Vermögen des ehemaligen Diktators auf zwei Milliarden geschätzt. Die Schweiz hat die Sanktionen der EU übernommen und hat die Gelder gesperrt. - Wurden seit 2011 alle gesperrten Gelder oder ein Teil davon wieder freigegeben? Wenn ja, weshalb? - Wurde die Existenz anderer Gelder in der Schweiz womöglich durch Firmenkonstrukte, Briefkastenfirmen, Strohmannen usw. verschleiert? - Wird der Bundesrat eine Taskforce einsetzen, um diese Gelder aufzuspüren?
24.7970	DE FR IT	Fra. Wasserfallen Christian. Neue EU-Verordnung zur Produktsicherheit - Schweizer Verlage in Gefahr?	Die EU-Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit (GPSR), die am 13. Dezember 2024 in Kraft treten soll, verlangt Rückverfolgbarkeiten und Risikoanalysen. Das bereitet insbesondere kleinen und mittleren Verlagen und anderen Unternehmen grosse Sorgen. - Welche Massnahmen trifft der Bundesrat ab dem 13.12.24 für die betroffenen Schweizer Verlage, damit diese im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz keine Nachteile haben? - Kann er gestützt auf die GPSR (Artikel 9, Absatz 7) Ausnahmen vorsehen?
24.7972	DE FR IT	Fra. Gugger. Agrarbericht: Reduktionsziel Nährstoffverluste Stickstoff von 15%, ist der BR auf Kurs?	Der im Rahmen der Parlamentarischen Initiative <u>Pa. Iv. 19.475</u> beschlossene Absenkpfad Nährstoffe sieht vor, diese Verluste in die Umwelt bis 2030 um 15 Prozent gegenüber 2014-2016 zu reduzieren. - Warum gibt es im Agrarbericht keine Aussage, ob die Branche/die Landwirtschaft bei diesem Reduktionsziel Nährstoffverluste Stickstoff von 15% auf Kurs ist? - Lässt die doch recht positive Darstellung den Schluss zu, dass die Nährstoffverluste genügend rasch reduziert werden?

24.7974	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Verpasst die Schweiz den Anschluss an die Mercosur-Staaten?	Das grösste Freihandelsabkommen der Welt zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Mitgliedstaaten Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Bolivien wurde letzte Woche unterzeichnet. Auch die EFTA-Länder verhandeln seit bald 30 Jahren mit den Mercosur-Staaten. - Wann werden die EFTA-Länder ein Freihandelsabkommen unterzeichnen? - Wieso waren die EFTA-Länder nicht schneller als die EU? - Läuft die Schweiz mit ihrem Tempo nicht Gefahr eine grosse wirtschaftliche Chance zu verpassen?
24.7975	DE FR IT	Fra. Schnyder Markus. Politische Einflussnahme der Verwaltung. Ist das korrekt?	Vor der Beratung des Budgets 2025 im NR wurden diverse Mitglieder des Parlaments von der ESKAS angeschrieben. In diesem Schreiben wurde mit Nachdruck auf Ablehnung eines Antrages der FK-N hingewirkt. Dieses Schreiben wurde auf offiziellem Papier der Eidgenossenschaft versandt (wenn auch mit mehreren Schreibfehlern im Briefkopf). Unterzeichnet wurde es von Professoren mehrerer Universitäten. Wie beurteilt der Bundesrat diese Einflussnahme in den politischen Prozess durch Teile der Verwaltung?
24.7983	DE FR IT	Fra. Baumann. Gibt es einen Rückgang bei der Weidehaltung von Milchkühen?	Trifft es zu, dass grössere Milchwirtschaftsbetriebe zunehmend auf die Weidehaltung verzichten? Wenn ja, würde dies den Zielen der Agrarpolitik zuwiderlaufen. Was wird dagegen unternommen?
24.7985	DE FR IT	Fra. Baumann. Sozial- und Umweltstandards in den Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten	Die EU hat sich mit den Mercosur-Staaten auf ein Freihandelsabkommen mit Sozial- und Umweltstandards geeinigt. - Gehen diese Standards weiter als das Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung im Freihandelsabkommen der EFTA mit den Mercosur-Staaten? - Gerät die Schweiz nun in Fragen der Nachhaltigkeit gegenüber der EU ins Hintertreffen und was bedeutet das für die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten?
24.7986	DE FR IT	Fra. Baumann. Defizite der Umweltziele Landwirtschaft, wie informiert das BLW über die Defizite und ökologischen Probleme aufgrund der Stickstoffüberschüsse?	- Warum verweist weder der Agrarbericht 2024 noch die Seite «Stickstoff» auf der Website des BLW auf die Defizite gemäss Bericht Umweltziele Landwirtschaft UZL? - Warum erklärt die Seite Digiflux.ch nicht, was die ökologischen Probleme für die Ökosysteme sind, welche durch die Stickstoffüberschüsse (Nitrat, Ammoniak) entstehen?
24.8007	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Wird bei Kriegsmaterialexporten an eine Privatfirma tatsächlich keine Nichtwiederausfuhr-Erklärung verlangt?	Das SECO teilte einer Journalistin aus Polen mit: <i>«Bei Exporten an eine Privatfirma wird keine Nichtwiederausfuhr-Erklärung verlangt»</i>. Das steht in Widerspruch zu Artikel 18 Kriegsmaterialgesetz, eine Ausfuhrbewilligung setze stets die Erklärung einer Regierung voraus, dass das Material nicht wieder ausgeführt wird. - Seit wann verzichtet das SECO auf eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung, wenn ein Export an eine Privatfirma geht? - Was ist die Rechtsgrundlage? - Wie verhindert das SECO Missbräuche?

24.8023	DE FR IT	Fra. Riem. Niemand will Lenkungsabgaben für die landwirtschaftliche Produktion!	Letzte Woche haben fast 1000 Landwirtinnen und Landwirte vor dem BLW demonstriert. Sie können nicht nachvollziehen, weshalb sich das Amt nicht an den Volkswillen hält (Resultate der Initiativen im Bereich der Landwirtschaft). Dies drückt sich beispielsweise über die neue Lenkungsabgaben-Idee aus: 1. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass sämtliche landwirtschaftliche Produzentenorganisationen die Einführung von Lenkungsabgaben nicht unterstützen? 2. Wieso arbeitet das BLW weiterhin an dieser Idee?
24.8028	DE FR IT	Fra. Fivaz Fabien. Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende im ETH-Bereich (I)	Artikel 34d Absatz 2 des ETH-Gesetzes vom 4. Oktober 1991 sieht vor, dass die Studiengebühren für ausländische Studierende mit Wohnsitz in der Schweiz sozialverträglich sein müssen. In seinem Entscheid vom 6. Dezember hält sich der Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat) nicht an diesen Artikel. - Welche Massnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass die Studiengebühren trotz ihrer Verdreifachung für Studierende mit begrenzten finanziellen Mitteln tragbar bleiben? - Müssen diese Massnahmen zur Senkung der Studiengebühren vom ETH-Rat oder von den Hochschulen (ETHL, ETHZ) beschlossen werden?
24.8029	DE FR IT	Fra. Fivaz Fabien. Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende im ETH-Bereich (II)	In Artikel 34d Absatz 3 des ETH-Gesetzes vom 4. Oktober 1991 ist vorgesehen, dass der Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat) Übergangsbestimmungen für bereits immatrikulierte Studierende erlassen kann, wenn er Gebührenerhöhungen beschliesst. In seinem Entscheid vom 6. Dezember hält sich der ETH-Rat nicht an diesen Artikel. - Ist der Entscheid mit dem Gesetz vereinbar? - Ist es mit dem Gesetz vereinbar, den Wechsel eines Studiengangs oder die Fortsetzung eines Studiums als Unterbrechung zu werten, nach welcher die Übergangsbestimmungen nicht mehr gelten?
24.8043	DE FR IT	Fra. Kaufmann. ETH-Top vs. ETH-Baumanagement-Flop	Top: Uni-Weltranking 2025, Rang 7. Flop: ETH als Bauherrin. 2019: EFK zum Management des BSS/Basel – «keine gültigen Prozesse für Änderungsmanagement»; «für finanzielle Steuerung des Gesamtprojekts existieren keine durchgängigen Instrumente». 2023/24: GLC/Zürich, rund hundert KMU und GU warten auf Millionen. Vom GU angebotene Lösungsgespräch werden abgelehnt. Was tut der Bundesrat zum Schutz der betroffenen Firmen und der ETH-Reputation?

24.8052	DE FR IT	Fra. Schneider Meret. Vergleichbarkeit von Konzepten zur Berechnung von Kostenwahrheit in der Bundesverwaltung	Der Bundesrat schreibt auf die <u>Anfrage 24.1013</u> , das Konzept der FAO sei vergleichbar mit dem betriebswirtschaftlichen Konzept der «Vollkosten». Es berücksichtige auch jene Kosten, die nicht im Marktpreis enthalten seien (Markt- oder institutionelles Versagen). Das Konzept sei für alle Länder angewandt worden und erlaube einen Vergleich zwischen ihnen. Die Bundesverwaltung arbeitet dagegen mit verschiedenen Konzepten, was eine Vergleichbarkeit erschweren oder verunmöglichen dürfte. Warum?
---------	--	---	--

Justiz- und Polizeidepartement

24.7927	DE FR IT	Fra. Calame. Auf «Steam» käufliches islamistisches Spiel: Wird der Bundesrat entsprechend reagieren?	Wir haben mit grossem Erstaunen erfahren, dass auf der beliebten Plattform « <i>Steam</i> » ein Spiel mit dem Titel « <i>Fursan al Aqsa: The Knights of the Al-Aqsa Mosque</i> » zum Kauf angeboten wird. Das Spiel verherrlicht ausdrücklich die abscheulichen Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023 in Israel, bei denen mehr als 1000 Menschen ermordet wurden, vor allem wehrlose Zivilisten. Das Spiel wirbt ausdrücklich für die islamistische Ideologie und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die beim Angriff der Hamas auf Israel im Jahr 2023 begangen wurden. Am 29. November wurde in den Medien berichtet, dass das Vereinigte Königreich dieses «Spiel» verboten und auf « <i>Steam</i> » sowie auf jedem offiziellen Kanal, auf dem das Spiel erworben werden kann, gesperrt hat. Die Verherrlichung von islamistischem Terror, Hass, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird in unserem Land ja nicht toleriert. Gedenkt der Bund, auch zu intervenieren und dieses abscheuliche «Spiel» zu verbieten?
24.7929	DE FR IT	Fra. Addor. Grenzüberschreitende Kriminalität: Bessere Kontrolle der Landesgrenze und ein Aktionsplan, aber schnell!	Am 7. Dezember wurde in Montagny-près-Yverdon VD zum x-ten Mal ein Geldautomat im Grenzgebiet angegriffen. Wird der Bundesrat schnell über einen Aktionsplan sowie umgehend über eine Verstärkung der Grenzkontrollen in den exponierten Sektoren entscheiden (angefangen mit dem Sektor Waadtländer Nordjura), um zu verhindern, dass unser Land von organisierten Banden aus dem Ausland als eine Art Selbstbedienungsladen betrachtet wird?
24.7931	DE FR IT	Fra. Marchesi. Deutschland hat Entscheide zu Asylgesuchen von Personen aus Syrien zurückgestellt. Was macht die Schweiz?	Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Deutschland hat entschieden, Entscheide zu sämtlichen Asylgesuchen, die von Personen aus Syrien stammen, zunächst zurückzustellen. Dies mit der Begründung, die Weiterentwicklung der politischen Lage in Syrien sei derzeit ausserordentlich schwer zu bewerten. Angesichts dieses Entscheids frage ich den Bundesrat: - Beabsichtigt er ebenfalls, so vorzugehen? - Falls nein, ist er nicht der Ansicht, dass wir auf diese Weise die Türen für die syrischen Scheinflüchtlinge immer weiter aufstossen?

24.7938	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. «Strichli-Liste» von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 28 im vierten Quartal 2024	1. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der tatsächlich angeordneten und vollzogenen Landesverweisungen am Gesamttotal der Verurteilungen aufgrund von Katalogstraftaten (obligatorische Landesverweisungen) seit Inkrafttreten von Art. 66a StGB per 1. Oktober 2016? 2. Wie viele vollziehbare Landesverweisungen wurden 2023 pro Kanton verordnet und wie viele vollzogen (Quote des Vollzugs pro Kanton)? 3. Bis wann wird das SEM die Einreiseverbote und die Wegweisungen für 2023 veröffentlichen können?
24.7939	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Sofortiger Asyl-Stopp für syrische Staatsbürger	Seit 2011 (Beginn syrischer Bürgerkrieg) sind mehr als 25'000 Personen in die Schweiz eingewandert. Seither hat sich die syrische Diaspora verzehnfacht. Mit dem gestrigen Regimewechsel in Syrien fallen die Asylgewährungsgründe für syrische Staatsbürger (Verfolgung durch das Assad-Regime) dahin. Stattdessen werden nun Assad-Regime-Anhänger Verfolgung durch die Rebellentruppen geltend machen. Ist der Bundesrat bereit, einen sofortigen Asyl-Stopp für syrische Staatsbürger zu verhängen?
24.7940	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Dysfunktionales Asylsystem: Kennt der Bundesrat die Zahlen?	1. Wie viele Personen haben seit 2009 in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt (das Schengen/Dublin-Assoziierungsabkommen trat am 12. Dezember 2008 in Kraft)? 2. Wie viele dieser Asyl-Migranten haben seither die Schweiz wieder verlassen? 3. Wie vielen dieser Personen wurde Asyl gewährt? 4. Wie viele dieser Personen wurden vorläufig aufgenommen? 5. Wie viele dieser Personen wurden zwischenzeitlich eingebürgert? 6. Bei wie vielen dieser Personen ist der Verbleib unbekannt?
24.7942	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Gesundheitskosten der Asyl-Migranten	Seit dem 1. Januar 2024 erfasst das SEM systematisch Asyl-Migranten, die sehr hohe (d.h. mehr als 10'000 Franken pro Jahr) Gesundheitskosten verursachen. Wie viele Fälle mit welchen kumulierten Kosten hat das SEM bis dato erfasst?
24.7944	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. BJ-Gutachten zum Beihilfeüberwachungsgesetz	Zum geplanten Beihilfeüberwachungsgesetz hat das Bundesamt für Justiz (BJ) ein rechtliches Gutachten erstellt. Gemäss diesem sei eine eigenständige Verfassungsgrundlage notwendig, falls das Beihilfeüberwachungsgesetz nur für die Bereiche Landverkehr, Luftverkehr und Strom anwendbar sei. Ist der Bundesrat bereit, dieses BJ-Gutachten zu veröffentlichen?

24.7956	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Afghanische Frauen müssen geschützt werden	Die Frauen in Afghanistan befinden sich in einer absolut unmenschlichen Situation. Sie sind völlig entrechtet. Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Schweiz stehen fraglos in der Verantwortung. - Wird sich der Bundesrat dafür engagieren, dass ein internationaler Mechanismus geschaffen wird, mit dem die Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan untersucht werden können? - Wird er den Zugang zu humanitären Visa erleichtern und die Resettlement-Programme wiederaufnehmen, damit mehr afghanische Frauen in der Schweiz Schutz erhalten?
24.7973	DE FR IT	Fra. Glarner. Asyl-Fragebogen für Afghaninnen: Prüft das SEM die persönliche Einstellung neu auf dem Korrespondenzweg?	Gemäss NZZ vom 9.12.2024 stellt das SEM weiblichen afghanischen Asylsuchenden nur einen allgemein gehaltenen Fragebogen zu, ohne diese persönlich zu ihren individuellen Asylgründen zu befragen. Wie überprüft das SEM die tatsächliche persönliche Einstellung der Gesuchstellerinnen, wenn es diese nicht mehr in einem mündlichen Interview persönlich anhört und individuell-konkret befragt?
24.7976	DE FR IT	Fra. Riner. Familiennachzug durch Afghaninnen: Wie viele Gesuche wurden gestellt?	- Wie viele Familiennachzugsgesuche in Zusammenhang mit den in der Schweiz als Flüchtlinge anerkannten Afghaninnen hat das SEM seit der Praxisänderung erhalten? Für wie viele Personen? - Wie viele Familiennachzugsgesuche im Zusammenhang mit den in der Schweiz als Flüchtlinge anerkannten Afghanen (Männer und Frauen) hat das SEM im gleichen Zeitraum vor der Praxisänderung (16 Monate zurück) erhalten? Für wie viele Personen?
24.7981	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Per Fragebogen zu Asyl: Widerspruch zum geltenden Asylrecht?	Gemäss NZZ (10.12.2024) stellt das SEM Afghaninnen einen allgemeinen Fragebogen zu, ohne sie persönlich zu ihren Asylgründen zu befragen. - Wie verträgt sich diese Praxis mit der bundesrätlichen Zusicherung, trotz der a.o. hohen Gewährungsquote von 98% werde nach wie vor eine Einzelfallprüfung durchgeführt? - Wie verträgt sich diese Praxis mit Art. 7 AsylG, der verlangt, dass Asylsuchende ihre Flüchtlingseigenschaft nachweisen oder zumindest glaubhaft (überwiegende Wahrscheinlichkeit) machen müssen?
24.7982	DE FR IT	Fra. Riner. Familiennachzug durch Afghaninnen: Wie viele Nachzüge wurden bewilligt?	- Wie viele Personen in absoluten Zahlen haben über den Familiennachzug durch in der Schweiz als Flüchtlinge anerkannte Afghaninnen seit dem Praxiswechsel (17. Juli 2023) selbst den (abgeleiteten) Flüchtlingsstatus erhalten (also in den letzten 16 Monaten)? - Wie viele davon sind Männer? - Wie viele Personen in absoluten Zahlen haben über den Familiennachzug im gleichen Zeitraum (16 Monate) vor dem Praxiswechsel selbst den (abgeleiteten) Flüchtlingsstatus erhalten?

24.7984	DE FR IT	Fra. Fischer Benjamin. Fragebogen-Asylgewährungen auch für andere Herkunftsländer?	Gemäss NZZ vom 9.12.2024 stellt das SEM weiblichen afghanischen Asylsuchenden nur einen allgemein gehaltenen Fragebogen zu, ohne diese persönlich zu ihren individuellen Asylgründen zu befragen. - Prüft das SEM auch Asylgesuche aus anderen Herkunftsländern nur per Fragebogen und ohne persönliche Anhörung? - Falls ja: Wie ist dies mit Art. 7 AsylG vereinbar?
24.7987	DE FR IT	Fra. Steinemann. Praxisänderung Afghaninnen I: Wie haben sich die Asylgesuche vor- und nachher entwickelt?	Wie haben sich die Asylgesuchszahlen von Afghaninnen a) bis zur Praxisänderung vom 17. Juli 2023 und b) seit der Praxisänderung jeweils aufgeschlüsselt nach Monaten entwickelt?
24.7988	DE FR IT	Fra. Steinemann. Praxisänderung Afghaninnen II: Wie haben sich die Asylgewährungen vor- und nachher entwickelt?	- Wie vielen der asylsuchenden Afghaninnen hat das SEM a) bis zur Praxisänderung vom 17. Juli 2023 und b) seit der Praxisänderung (jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent) 1. die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt und 2. Asyl gewährt ? - Wie hat sich die Flüchtlingsanerkennungsquote in absoluten Zahlen und in Prozent in den letzten 16 Monaten seit der Praxisänderung aufgeschlüsselt nach jedem einzelnen Monat entwickelt?
24.7990	DE FR IT	Fra. Pamini. Afghaninnen: Asyl per Fragebogen?	- Sind alle Asyl-Fragebögen, welche den afghanischen Asylbewerberinnen zugeschickt werden, identisch? - Genügt es, wenn die Gesuchstellerinnen in diesem Fragebogen die Massnahmen der Taliban ablehnen und die Menschenrechte gut finden, um vom SEM Asyl zu erhalten, unabhängig davon, ob sie aufgrund ihrer tatsächlichen persönlichen Einstellung in Afghanistan konkret verfolgt wären? - Wie kann über allgemeine Fragen ein individuelles Verfolgungsmotiv ergründet werden?
24.7999	DE FR IT	Fra. Knutti. Wer prüft, ob die Asyl-Fragebogen von Afghaninnen selber ausgefüllt wurden?	- Wie überprüft das SEM, ob die Antworten auf dem Fragebogen tatsächlich von den jeweiligen Asylsuchenden persönlich stammen? - Wie überprüft das SEM, ob die Gesuchstellerinnen den Fragebogen wahrheitsgetreu ausgefüllt haben? - Wird der Fragebogen mit der jeweiligen Gesuchstellerin persönlich besprochen?
24.8009	DE FR IT	Fra. Addor. Asylgesuche von afghanischen Frauen: Wer bestimmt die Schweizer Asylpolitik, ein europäisches Gericht oder der Schweizer Gesetzgeber?	- Was hält der Bundesrat vom jüngsten Entscheid des Gerichtshofs der Europäischen Union (GHdEU), wonach es ausreicht, dass das Geschlecht und die Staatsangehörigkeit festgestellt werden, damit afghanische Frauen ein Asyl erhalten? - Inwiefern unterscheidet sich diese Definition von derjenigen der Kollektivverfolgung? - Ist sich der Bundesrat bewusst, dass die neue Praxis des GHdEU mit einem Grundprinzip des schweizerischen Asylrechts, nämlich dass jedes Gesuch individuell geprüft werden muss, im Widerspruch steht?

24.8053	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Praxisänderung Afghaninnen: Fragebogenprüfung statt Einzelfallprüfung?	- Treffen die Erkenntnisse in der NZZ vom 9.12.2024 zu, wonach das SEM weiblichen afghanischen Asylsuchenden nur einen allgemein gehaltenen Fragebogen zustellt und diese nicht mehr persönlich zu ihren individuellen Asylgründen befragt? - Seit wann prüft das SEM Asylgesuche von Afghaninnen per Fragebogen? - Hat das SEM die Asylgesuche von Afghaninnen in der Zeit zwischen der Praxisänderung und der Einführung dieses Fragebogens immer durch persönliche Anhörungen der Gesuchstellerinnen geprüft?
24.7993	DE FR IT	Fra. Dettling. Wurde das Alter des Madonnaschänders von Einsiedeln medizinisch abgeklärt?	Der Afghanische Asylbewerber welcher im Kloster Einsiedeln die heilige Madonna geschändet hat, soll angeblich 17-jährig sein. Die Minderjährigkeit hat grosse Auswirkung auf die Bestrafung. Deshalb stellen sich Fragen: - Wurde das Alter dieses UMA medizinisch geklärt? Falls Nein, warum nicht und wird dies nun medizinisch abgeklärt? - Wie viele UMA die 2024 medizinisch abgeklärt wurden sind tatsächlich volljährig? (Absolut und prozentual)
24.8000	DE FR IT	Fra. Strupler. Ist Solidarität eine Einbahnstrasse?	Von den rund 70 000 geflüchteten Ukrainern ist immer noch eine Mehrheit nicht erwerbstätig, da aus finanzieller Sicht der Anreiz einfache Arbeiten auszuführen zu klein ist. - Sieht der Bundesrat eine Möglichkeit, statt nur eine Arbeitsmöglichkeit unter bestimmten Umständen eine Arbeitspflicht von den Geflüchteten einzufordern? - Und für alle, die dieser nicht nachkommen, nur die minimalste finanzielle Unterstützung zu gewähren?
24.8003	DE FR IT	Fra. Steinemann. Welche Gebühren beim Familiennachzug zahlt die Öffentlichkeit und wofür genau?	Der Bund stellt den Kantonen (und diese den Gemeinden) Gebühren für die Beglaubigung von Geburtsurkunden und für DNA-Tests bei Migranten in Rechnung, wenn insbesondere eine Person aus dem Asylbereich Familienangehörige aus dem Ausland nachziehen kann. - In welchen Konstellationen ist dies der Fall? - Wie hoch ist die Gebühr pro Person für welche Fälle?
24.8005	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Zweiter Versuch: Wann tritt das längst beschlossene Reiseverbot für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige endlich in Kraft?	Mit Frage 24.7879 erkundigte ich mich, wieso die vor 3 Jahren verabschiedete Gesetzesänderung, die ein Reiseverbot für Personen im Asylverfahren, mit Status S und vorläufiger Aufnahme vorsieht, noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Die seltsame Antwort: «Die Vernehmlassung zu dieser Änderung soll im ersten Quartal 2025 eröffnet werden.» - 2. Versuch: Wieso wurde die beschlossene Gesetzesänderung noch nicht in Kraft gesetzt? - Wieso braucht es für eine beschlossene Gesetzesänderung eine Vernehmlassung?

24.8011	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Kommen wir vorwärts beim Kampf gegen den Kampf ums Kind?	Das vom Nationalrat überwiesene Postulat 19.3503 verlangt eine Evaluation der in den Kantonen angewendeten Praxis zur Mediation und Intervention bei Streitigkeiten innerhalb getrennter Familien und die Ableitung allfällig nötiger gesetzgeberischer Massnahmen. Wo stehen die Arbeiten zur Umsetzung des Postulats?
24.8013	DE FR IT	Fra. Steinemann. Falsche Flüchtlinge aus Eritrea. Wie ist der Stand im SEM?	In der NZZaS vom 21. April 2024 wirft der Zürcher Sicherheitsvorsteher Fehr dem Bund vor, nichts gegen falsche Flüchtlinge zu tun. Er habe dem SEM die Namen von 12 gewalttätigen regimetreue Eritreern gemeldet, die daher zu Unrecht den Flüchtlingsstatus erhalten hätten. Was ist inzwischen in diesen 12 Zürcher Dossiers gelaufen? Gegen wie viele Eritreer, die sich regimetreu verhalten haben, sind schweizweit Massnahmen zur Aberkennung des Asylstatus eingeleitet?
24.8018	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Kopftuch als Symbol der Unterdrückung	Gemäss NZZ vom 6. Dezember 2024 soll im Iran ein strenges Kopftuchgesetz (mit hohen Bussen und Haftstrafen) erlassen werden. 1. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass das Kopftuch ein Symbol der Unterdrückung der Frauen in islamischen Staaten ist? 2. Warum nimmt die Schweiz in ihrem Dialog mit dem Iran nicht deutlicher gegen solche frauenverachtenden Praktiken Stellung? 3. Wird das Verhüllungsverbot in der Schweiz klar umgesetzt und geahndet, welches am 1.1.2025 in Kraft tritt?
24.8021	DE FR IT	Fra. Roduit. Werden Nachfahren von Schweizer Immigrantinnen und Immigranten diskriminiert?	Die gesetzlichen und administrativen Hürden, die Nachfahren von Auslandschweizerinnen und -schweizern überwinden müssen, um ebenfalls die Schweizer Staatsangehörigkeit zu erhalten, sind sehr hoch und berücksichtigen nicht die Realität in den Ländern, in denen diese Nachfahren leben. Dies gilt auch für direkte Kinder von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern. Ist der Bundesrat bereit, das Recht so anzupassen, dass alle Nachfahren von Schweizer Staatsangehörigen, unabhängig vom Geburts- oder Wohnort, die gleichen Chancen haben, ihre Staatsbürgerschaft zu behalten oder wiederzuerlangen?
24.8032	DE FR IT	Fra. Jost. Zeitliche Limitierung der Sistierung für Asylentscheide von Syrerinnen und Syrern	Das SEM hat Asylentscheide bei Asylsuchenden aus Syrien sistiert. 516 Personen (31.10.2024) mit hängigem Asylgesuch befinden sich in einem Status der Unsicherheit mit Folgen für die psychische Gesundheit. Die volatile Lage in Syrien lässt keinen raschen Asylpraxis-Entscheid zu. 1. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass die Sistierung nicht zum Dauerzustand wird und die Asylanträge innert nützlicher Frist bearbeitet werden? 2. Beabsichtigt der Bundesrat, die Sistierung zeitlich zu limitieren?

24.8038	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Syrische Flüchtlinge haben keinen Fluchtgrund mehr	Das Assad-Regime in Syrien wurde erfreulicherweise gestützt, wie wir in sämtlichen Medien sowie bei Kundgebungen erfahren haben. Dieses brutale Regime war der Flüchtlingsgrund (kriegerische Handlungen und Verfolgung durch das Regime). Wenn im Herkunftsland wieder stabile Verhältnisse herrschen, sollte das SEM auch prüfen, ob die Schutzbedürftigkeit weiterhin gegeben ist. 1. Ist nach Ansicht des Bundesrates eine Rückkehr nach Syrien nun möglich? 2. Werden die neuen Asylgesuche nun alle sistiert?
24.8045	DE FR IT	Fra. Glättli. Wie lange dauert das Entscheidmoratorium zu Asylgesuchen aus Syrien?	Am 09.12. hat das SEM informiert, es bestehe kein Grund für ein Aussetzen der Asylverfahren syrischer Geflüchteter, nur um wenige Stunden später doch ein Entscheidmoratorium anzukündigen. Befürchtungen, dass es in Syrien kaum rasch zu einer Befriedung unter Respekt der Frauen-, Minderheiten- und Menschenrechte kommt, sind verbreitet. Es wäre unverantwortlich, in diesem Fall das Moratorium über Monate (wie im Fall Sudan) aufrecht zu erhalten. Ist der Bundesrat bereit, das Moratorium rasch aufzuheben?
24.8047	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Hat der Bundesrat einen Syrien-Plan?	Nach dem Fall des Assad-Regimes in Syrien stellen sich folgende Fragen: 1. Ist der Bundesrat bereit, die weitere Aufnahme von Syrern samt Familiennachzug sofort zu stoppen? 2. Was tut der Bundesrat, um ein zweites "Eritrea-Problem" zu verhindern mit Anhängern unterschiedlicher Regimes, die sich auf unseren Strassen bekämpfen und die innere Sicherheit gefährden? 3. Erarbeitet der Bundesrat ein Rückkehrprogramm für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge aus Syrien (wie z.B. Österreich)?
24.8036	DE FR IT	Fra. Andrey. E-ID Vertrauensinfrastruktur: Revokation einer Identität	Wer erfährt was, wenn eine E-ID revoziert wird?
24.8037	DE FR IT	Fra. Andrey. Anfallende Daten bei der Prüfung einer E-ID	- Welche Daten fallen beim Bund bei einer Prüfung der E-ID an? - Kann er nachvollziehen, welche Verifikatorin eine bestimmte E-ID prüft?
24.8042	DE FR IT	Fra. Glättli. Wann wird das Entscheidmoratorium des SEM zu sudanesischen Asylgesuchen aufgehoben?	Seit Feb. 2024 hat das SEM ein Entscheidmoratorium für Asylgesuche aus Sudan verfügt. Aus Sudan werden wenige Gesuche gestellt (207 im '23, '24 bis Ende Juni 60). Die Betroffenen müssen nun eine unbestimmte Zeit in grosser Ungewissheit auf einen Asylentscheid warten. Dies ist umso unverständlicher, als dass derzeit keinerlei Beruhigung der dramatischen Situation im Sudan in Sicht ist. Bürgerkriegssituation sind volatil - genau dies sollte aber Grund zumindest für eine vorläufige Aufnahme sein.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

24.7941	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Information der Bevölkerung in Kriegs- und Krisenzeiten: «Die Stimme, die durch Beton geht» – Weiterführung des Notfallradios mit UKW	- Ist der Bundesrat bereit, das Notfallradio mit UKW auch nach dem 1. Januar 2027 weiterzuführen, da UKW faktisch das einzige robuste System zur Information der Bevölkerung mit sicherem Radioempfang auch in Schutzräumen und bei Stromausfällen ist? - Falls nein, welches Konzept sieht der Bundesrat zukünftig für die Information der Bevölkerung in Kriegs- und Krisenzeiten vor?
24.7945	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Will der Bundesrat die immerwährende und umfassende Neutralität nun vollends aufgeben?	Am 20. November 2024 gab der Bundesrat bekannt, dass die Schweiz am nächsten Crisis Management Exercise (CMX) der NATO im 1. Quartal 2025 teilnehmen werde. Die Übung ist als sogenannte Artikel-5-Übung klassiert: Geprüft wird nicht weniger als der Bündnisfall – mit Russland als Aggressor. Der Entscheid fiel im Bundesrat mit 5 gegen 2 Stimmen (Albert Rösti und Guy Parmelin). Ist der Bundesrat nun offensichtlich bereit, die immerwährende und umfassende Neutralität vollends aufzugeben?
24.7947	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Auswirkungen von Materialverlusten in der Schweizer Armee auf die Bundeskasse	- Wie viel Geld fliesst jährlich in die Bundeskasse, durch Bussen, welche die Schweizer Armee bei ihren AdA aufgrund von Materialverlusten einzieht? - Fliesst dieses Geld in allgemeine Bundeskasse oder fliesst dies vollumfänglich in die Armee zurück?
24.7955	DE FR IT	Fra. Fehlmann Riele. Militärattachés in Schweizer Botschaften: welcher Nutzen und zu welchen Kosten?	Zahlreiche Schweizer Botschaften verfügen über Verteidigungsattachés, deren Aufgabe es ist, ein Netzwerk an militärischen Kontakten aufzubauen: Ich bitte den Bundesrat, die folgenden Fragen zu beantworten: - Wie viele Verteidigungsattachés gibt es, wie viele Personen arbeiten für sie und zu welchen Kosten? - Wurde ihre Tätigkeit evaluiert?
24.7969	DE FR IT	Fra. Wermuth. Entschuldigung bei den Opfern von Diskriminierung und Gewalt in der Armee?	Gemäss der eigenen Studie der Armee hat die Hälfte der Armeee Angehörigen während ihrer Laufbahn geschlechtsspezifische Diskriminierung und sexualisierte Gewalt erlebt. Die Zahl der Opfer dürfte in den vergangenen Jahrzehnten in die hunderttausende gehen. Die Gewaltkultur der Armee war längst bekannt. Es wurde lange weggeschaut. - Hat sich der Bundesrat bei den Opfer dieser staatlich tolerierten Gewalt an den eigenen Bürger:innen bereits entschuldigt? - Wenn nein, wann hat er vor, das nachzuholen?
24.8019	DE FR IT	Fra. Walder. Die Erhöhung des Armeebudgets muss sich auch auf die Friedensförderung auswirken.	Die Schweizer Armee hat drei Aufgaben. Eine davon ist die Erhaltung des Friedens im In- und Ausland. Das humanitäre Völkerrecht wurde noch nie so oft wie in der jetzigen Zeit verletzt, und die bewaffneten Konflikte nehmen weltweit zu. Beabsichtigt das VBS, seine finanziellen Verpflichtungen und Beiträge auch zugunsten der Friedensförderung zu erhöhen, zumal dies für die nationale Sicherheit von entscheidender Bedeutung ist? Wenn ja, wie?

24.8033	DE FR IT	Fra. Kolly. Abwesenheit des Bundesrates bei der Wiedereröffnung der Kathedrale Notre-Dame de Paris	Frankreich hat in Paris soeben die Notre-Dame wiedereröffnet. Die Staatschefs nutzten die Gelegenheit, um sich in Anwesenheit des neu gewählten amerikanischen Präsidenten insbesondere über den Krieg in der Ukraine auszutauschen. Die Schweiz glänzte durch Abwesenheit, während sie auf dem Bürgenstock ein Gipfeltreffen organisiert hatte, das genauso nutzlos wie kostspielig war. - Warum hat keine Vertreterin und kein Vertreter des Bundesrates an der Zeremonie teilgenommen? - Wäre es für die Schweiz nicht nützlich gewesen, anwesend zu sein, um an den Diskussionen teilzunehmen?
24.8040	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Keine vollständige Ausrüstung der Truppen?	- Stimmt es, dass die SAP-Umstellung dazu führt, dass Truppen im ersten Quartal nicht ausreichend mit Fahrzeugen und Material versorgt werden können und auch ausserdienstliche Tätigkeiten betroffen sind? - Ist es korrekt, dass 20% der Fahrzeuge und des Materials fehlen, wodurch die Truppen nicht vollständig ausgerüstet werden können?
24.8041	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Werden Reparaturen von Armeefahrzeugen aus Geldmangel aufgeschoben?	- Ist es korrekt, dass die LBA Fahrzeuge, welche 3 und 4 Punkte taxiert sind, nicht repariert oder die Reparatur aufgeschoben wird? - Dies, weil kein Geld dafür vorhanden ist, beziehungsweise zu wenig Geld vorgesehen ist?
24.8048	DE FR IT	Fra. Theiler. Wie steht es um die Luftraumüberwachung?	Gemäss eines Artikels in der NZZ am Sonntag vom 08. Dezember 2024 sei der "operative Betrieb der Luftraumüberwachung akut gefährdet". Trifft diese Aussage zu? Und wenn ja, was wird bis wann unternommen, um dieses Problem zu beheben?
24.8049	DE FR IT	Fra. Theiler. Probleme bei der Einführung von Skyview	Gemäss einem Artikel in der NZZ am Sonntag vom 08. Dezember 2024 macht die Einführung von Skyview weiter Probleme. Das 300 Mio-Projekt sei konfliktgeladen und mangelhaft koordiniert. - Warum muss die neue Luftraumüberwachung SkyView zwingend auf die NDP? - Gäbe es kostengünstigere und risikoärmere Möglichkeiten?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

24.7933	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Das Assad-Regime ist gestürzt - Anwendung der UN-Resolution 1325 (Frauen Frieden Sicherheit)	Das brutale Assad-Regime ist gestürzt. Assad hinterlässt ein zerrissenes Land ohne demokratische Strukturen und funktionierende Verwaltung. Die neuen potentiellen Machthaber geben sich offen. Das macht Hoffnung. - Wird sich die Schweiz für den Aufbau demokratischer Strukturen und einer Bürger*innen freundlichen Verwaltung einsetzen? - Ist die Schweiz bereit, die Anwendung der UN-Resolution 1325 (Frauen Frieden Sicherheit) aktiv einzubringen, damit die Frauen von Anfang an am Prozess beteiligt sind?
---------	--	---	---

24.7943	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Die sich im Eigentum der Eidgenossenschaft befindenden ETH Zürich und Swisscom politisieren für den EU-Unterwerfungsvertrag	In den Sonntagszeitungen vom 3. November 2024 haben sich Joël Mezot und Michael Hengartner von der ETH Zürich sowie Michael Rechsteiner von der Swisscom für den EU-Unterwerfungsvertrag ausgesprochen. Eigentümerin resp. Mehrheitseigentümerin von ETH und Swisscom ist der Bund. Hat der Bundesrat die Herren Mezot, Hengartner und Rechsteiner aufgefordert, zukünftig bei eidg. Abstimmungsvorlagen Zurückhaltung zu üben?
24.7989	DE FR IT	Fra. Walder. Gemeinsame Erklärung zu Menschenrechtsverletzungen in China: Warum hat die Schweiz diese nicht unterzeichnet?	Am 22. Oktober wurde beim dritten Komitee der 79. UN-Generalversammlung den Mitgliedstaaten eine gemeinsame Erklärung vorgelegt, in der die systematischen Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und Tibet verurteilt werden. Diese Erklärung wurde von mehreren Ländern unterzeichnet, darunter Norwegen und Deutschland. - Warum hat die Schweiz die Erklärung nicht unterzeichnet, wenn doch Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China ein historisches Ausmass erreicht haben? - Wurde sie nicht unterzeichnet, um den bilateralen Menschenrechtsdialog zu wahren, wie im Oktober 2023, als die Schweiz den Beitritt Pekings in den UN-Menschenrechtsrat unterstützte?
24.8016	DE FR IT	Fra. Vontobel. UNO-Menschenrechtsrat: Schweizer Neutralität gefragt	Die Schweiz übernimmt ab 2025 den Vorsitz im UNO-Menschenrechtsrat. Dieser Rat ist bekannt für seine antiwestliche und antiisraelische Ausrichtung. Während islamische Diktaturen kaum verurteilt werden, richtet sich die Mehrheit der Beschlüsse gegen Israel. 1. Welche Strategie verfolgt die Schweiz, um sicherzustellen, dass sie ihre Neutralität wahrt? 2. Erfüllt die Schweiz ihr Mandat im Menschenrechtsrat unabhängig, oder lässt sie sich von externen Organisationen beraten? Wenn ja, von welchen?
24.8030	DE FR IT	Fra. Vontobel. Minderheitenschutz in Syrien: Was tut die Schweiz?	In Syrien haben Islamisten die Regierung übernommen. 1. Wie beurteilt das EDA die Menschenrechtslage der nichtmuslimischen Minderheiten vor Ort? 2. Welche Massnahmen unternimmt das EDA, um die christliche Minderheit in Syrien zu schützen, oder wie setzt es sich in internationalen Organisationen dafür ein?
24.8031	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Zulassung der gewerblichen Sportseeschifffahrt und Revision des Seeschiffahrtsgesetzes	Die Revision des Seeschiffahrtsgesetzes wurde vom Bundesrat 2022 lanciert. Leider gab es bis anhin keine Vernehmlassung. 1. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass bei der Revision die Sportseeschifffahrt wesentlich stärker in den Fokus zu rücken ist und dass es keine Diskriminierung der gewerblichen Sportseeschifffahrt unter Schweizer Flagge geben sollte? 2. Ist es richtig, dass der Bundesrat für Seeschiffe keine (wie üblich) einheitliche gesetzliche Grundlage im Bereich Flaggen- und Registerrecht anstrebt?

24.8034	DE FR IT	Fra. Kolly. Rahmenabkommen mit der Europäischen Union: Werden die verfassungsmässigen Rechte der Kantone und des Parlaments respektiert?	Der Bundesrat will das neue Rahmenabkommen mit der Europäischen Union demnächst unterzeichnen. Der Inhalt dieses Abkommens ist nicht bekannt. Allerdings könnte das Abkommen die verfassungsrechtlichen Kompetenzen der Kantone beschneiden, wie zum Beispiel bei den Immatrikulationsgebühren der Universitäten. - Müsste der Bundesrat nicht alle parlamentarischen Kommissionen und die Kantone konsultieren, sobald der Inhalt des Abkommens feststeht? - Wird die Verfassungsmässigkeit dieses Abkommens geprüft werden?
---------	--	---	---
